

## **Akteneinsicht in das Fallheft der Steuerfahndung**

**Veröffentlicht in: Die steuerliche Betriebprüfung StBp 2004, 79**

Das OLG Frankfurt vertritt im Beschluss vom 10.06.2003 die Auffassung, dass dem Verteidiger kein Anspruch auf Gewährung von Akteneinsicht in das Fallheft der Steuerfahndung zusteht. Das Gericht führt in seinem Beschluss zwar aus, dass es Aufgabe der Ermittlungsbehörde ist, den Tatsachenstoff aufzuklären, wobei mit Blick auf § 160 Abs. 2 und Abs. 3 StPO alle Tatsachen - auch solche, die sich zu Gunsten des Beschuldigten auswirken - zu ermitteln sind. Diese Aufklärungspflicht erfordere aber unter Berufung auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12.01.1983<sup>1</sup> nicht, dass sämtliche im Rahmen der Tatermittlung entstandenen Akten überprüft werden müssten, so lange es an konkreten Anhaltspunkten fehle, dass darin relevante Informationen sind. Der Antragsteller müsse vielmehr darlegen, welcher für die zu treffende Entscheidung relevante Tatsachenstoff sich in dem Fallheft der Steuerfahndung befinden könne. Der vorliegende Beitrag nimmt daher zum Anspruch auf Akteneinsicht in das Fallheft der Steuerfahndung Stellung und gelangt zu dem Ergebnis, dass die Akteneinsicht auch das Fallheft der Steuerfahnder umfasst.

### **I. Einleitung**

Nach § 147 Abs. 1 StPO ist der Verteidiger befugt, die Akten einzusehen, die dem Gericht vorliegen bzw. diesem im Falle der Erhebung der Anklage vorzulegen wären; das Recht des Verteidigers erstreckt sich auch darauf, die amtlich verwahrten Beweisstücke zu besichtigen. Die Akteneinsicht kann ausnahmsweise ganz oder teilweise bis zu dem Zeitpunkt, in dem gem. § 169 a StPO der Abschluss der Ermittlungen in den Akten vermerkt ist, versagt werden, wenn der Untersuchungszweck gefährdet werden könnte. Die Einsicht in die Protokolle über die Vernehmung des Beschuldigten, der Gutachten der Sachverständigen und der Protokolle über die gerichtlichen Handlungen, denen der Verteidiger beizuwohnen befugt ist, darf ihm aber nach § 147 Abs. 3 StPO keinesfalls verweigert werden. Nach § 147 Abs. 4 S. 1 StPO besteht eine Pflicht zur Mitgabe der Akten zur Einsichtnahme in die Kanzleiräume des Verteidigers. Ausgenommen sind hiervon die Beweisstücke. Über die Gewährung der Akteneinsicht entscheidet im vorbereitenden Verfahren und im Ermittlungsverfahren die Bußgeld- und Strafsachenstelle der Finanzbehörde, soweit sie die Ermittlungen selbständig führt (§ 147 Abs. 5 StPO i.V.m. §§ 386 Abs. 2, 399 Abs. 1 AO), ansonsten die Staatsanwaltschaft (§ 147 Abs. 5 StPO i.V.m. § 402 Abs. 1 AO). Nicht zur Entscheidung befugt ist die Steuerfahndungsstelle. Nach Eingang der Anklage bei Gericht bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens entscheidet der Vorsitzende des mit der Sache befassten Gerichts. Im Steuerstrafverfahren spielt die Akteneinsicht eine besonders große Rolle, da die Beweise weitestgehend mit Urkunden geführt werden. Der Umfang der Beweismittel hat oftmals einen erheblichen Umfang, da die Unterlagen aus weit zurückliegender Zeit stammen.

### **II. Umfang der Akteneinsicht**

#### **1. Grundsatz der Aktenvollständigkeit**

Der Anspruch des Verteidigers ist im Hinblick auf seinen Umfang weder eingeschränkt noch beschränkbar.<sup>2</sup> Es gilt der Grundsatz der Aktenvollständigkeit. Die Akten, in die der Verteidiger nach § 147 Abs. 1 StPO ein Einsichtsrecht hat, umfasst zumindest die vollständigen Akten und

<sup>1</sup> BVerfG, Beschl. v. 12.01.1983 - 2 BvR 864/81 -, BVerfGE 63, 45, 69

<sup>2</sup> BVerfG, NStZ 1983, 131

Aktenteile, die die Staatsanwaltschaft dem Gericht für das Verfahren und die Entscheidung über Schuld- und Straffrage zuleitet, die das Gericht selbst anlegt oder in Erfüllung seiner Aufklärungspflicht aus § 244 Abs. 2 StPO beigezogen hat.<sup>3</sup> Die Akten umfassen die Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft, die gem. § 199 Abs. 2 S. 2 StPO mit der Anklage dem Gericht vorzulegen sind.<sup>4</sup> Für das Steuerstrafverfahren von besonderer Bedeutung sind die dem Gericht vorzulegenden Beiakten, wozu auch die Steuerakten der Finanzbehörden gehören, die für das Strafverfahren herangezogen werden.<sup>5</sup>

## 2. Akteneinsicht in das Fallheft der Steuerfahndung

Zu den Akten, die die Staatsanwaltschaft dem Gericht nicht vorlegen sollen muss, gehören die Handakten sowie andere innerdienstliche Vorgänge (z.B. verwaltungsinterne Vermerke).<sup>6</sup> In steuerstrafrechtlichen Ermittlungsverfahren stellt sich die Frage, ob Akteneinsicht in das Fallheft der Steuerfahndung zu gewähren ist. Die Bußgeld- und Strafsachenstellen lehnen regelmäßig die Akteneinsicht in das Fallheft der Steuerfahndung ab. Als Argument führen sie an, dass das Fallheft des Steuerfahnders als dessen Handakte zu qualifizieren sei. Die sich während der Prüfung ergebenden strafrechtlich relevanten Umstände und Informationen sollen der Bußgeld- und Strafsachenstelle in geeigneter Form bekannt zu geben sein. Die Steuerstrafakte enthalte alle strafrelevanten Beweisdokumente, daher die Akteneinsicht in das Fallheft der Steuerfahndung nicht erforderlich sei.

### a) Anspruch auf lückenlose Informationen

Soweit das BVerfG in seinem Beschluss vom 12.01.1983<sup>7</sup> die Auffassung vertritt, dass die gerichtliche Aufklärungspflicht nicht gebiete, dass das Gericht sämtliche im Rahmen der Tatermittlung entstandenen Akten überprüfen müsse, solange es an konkreten Anhaltspunkten fehle, ist diese Auffassung überholt.

Der Anspruch auf Akteneinsicht ist Ausfluss des Anspruchs auf rechtliches Gehör nach Art. 103 Abs. 1 GG<sup>8</sup> und des Rechts auf ein faires Verfahren.<sup>9</sup> Das Recht auf Akteneinsicht zählt neben dem Beweisantragsrecht und dem Fragerecht zu den Kernstücken der Verteidigung. Die Akteneinsicht ist der wichtigste Vorgang zur Gestaltung einer effektiven Strafverteidigung<sup>10</sup>, denn eine sachgerechte Verteidigung setzt die Kenntnis voraus, worauf sich der gegen den Beschuldigten gerichtete Vorwurf stützt.<sup>11</sup> Die Akteneinsicht verschafft eine „Parität des Wissens“, die es dem Verteidiger und dem Beschuldigten erlaubt, den weiteren Gang des Verfahrens aktiv zu beeinflussen. Ohne Akteneinsicht ist eine Verteidigung *lege artis* nicht möglich. Nur eine möglichst frühzeitige Information über die Vorwürfe, wegen der ermittelt wird, versetzt den Verteidiger in die Lage, sich auf eine effektive Verteidigung einzurichten und sich Verteidigungsmittel zu verschaffen.<sup>12</sup>

<sup>3</sup> OLG Karlsruhe, Beschl. vom. 15.09.1981, NStZ 1982, 299

<sup>4</sup> BVerfG, Beschl. v. 12.01.1983 - 2 BvR 864/81 -, BVerfGE 63, 45, 62; BGH, Urt. v. 26.05.1981 - 1 StR 48/81 -, BGHSt. 30,131, 134

<sup>5</sup> Nr. 34 Abs. 2 S. 2 AStBV

<sup>6</sup> Nr. 34 Abs. 3 AStBV, Nr. 187 Abs. 2 RiStBV

<sup>7</sup> BVerfG, Beschl. v. 12.01.1983 - 2 BvR 864/81 -, BVerfGE 63, 45, 69

<sup>8</sup> BVerfG, Beschl. v. 09.03.1965 - 2 BvR 176/63 -, BVerfGE 18, 399, 404; BVerfG, Beschl. v. 12.01.1983 - 2 BvR 864/81 -, BVerfGE 63, 45, 59

<sup>9</sup> BVerfG, Beschl. v. 12.01.1983 - 2 BvR 864/81 -, BVerfGE 63, 45, 60; BVerfG 57, 250, 274 f.; BVerfG, NJW 1983, 1043

<sup>10</sup> BVerfG NJW 1983, 1046

<sup>11</sup> BGH, Urt. v. 03.10.1979 - 3 StR 264/79 -, BGHSt. 29, 99, 102

<sup>12</sup> Burhoff, Handbuch für das strafrechtliche Ermittlungsverfahren, Rn 32

Der Anspruch des Verteidigers auf rechtliches Gehör umfasst einen Anspruch auf lückenlose Information über die im Verfahren angefallenen schriftlichen Unterlagen.<sup>13</sup> Art 103 Abs. 1 GG gewährt dem Beschuldigten und damit dem Verteidiger auch das Recht, zu den Ermittlungen Stellung zu nehmen, die dem Gericht nicht zur Kenntnis gebracht worden sind. Erst die Kenntnis aller das Verfahren betreffende Unterlagen setzt die Verteidigung in den Stand, den Angeklagten wirksam zu verteidigen. Dieser Anspruch gewährt eine Chancen- und Waffengleichheit zwischen Strafverfolgungsbehörde und Beschuldigten und Verteidiger. Eine Beschränkung des Akteneinsichtsrechts des Verteidigers auf Akten, deren Inhalt für die Beurteilung der Schuld- oder Rechtsfolgenfrage relevant ist, ergibt sich aus dem Gesetz nicht. Sie lässt sich auch nicht aus der Entscheidung des BGH v. 26.05.1981<sup>14</sup> herleiten. In dieser Entscheidung hat der BGH die Befugnis zur Akteneinsicht jedenfalls auf Akten mit einem solchen Inhalt erstreckt. Zu einem weitergehenden Recht hat sich der BGH nicht geäußert.

Eine Auswahl der Vorgänge, die dem Verteidiger zur Kenntnis gebracht werden, ist unzulässig.<sup>15</sup> Das Akteneinsichtsrecht umfasst die Befugnis des Verteidigers, in eigener Verantwortung zu prüfen, welche Unterlagen verfahrensrelevant sein können. Es ist Aufgabe der Verteidigung zu prüfen, ob sich aus dem Verfahrensverlauf, der im Fallheft der Steuerfahndung wiedergegeben ist, Beweisverwertungsverbote ergeben. Die Verteidigung darf nicht darauf verwiesen werden, dass die sich während der Prüfung ergebenden strafrechtlich relevanten Umstände und Informationen der Bußgeld- und Strafsachenstelle in geeigneter Form bekannt gegeben werden und die Steuerstrafakte alle strafrelevanten Beweisdokumente enthalte, daher die Akteneinsicht in das Fallheft der Steuerfahndung nicht erforderlich sei.

Die Auswahl der dem Gericht vorzulegenden Akten darf nicht allein der Staatsanwaltschaft bzw. der Bußgeld- und Strafsachenstelle vorbehalten bleiben, sondern bedürfen einer Kontrolle durch die Verteidigung, aber auch durch das Gericht. Eine staatsanwaltliche Selbstüberwachung ist ungenügend. Das Gericht darf nicht aus der Pflicht entlassen werden, selbst den Inhalt der gesamten Akten auf ihre Relevanz zu untersuchen. Die Aufklärungspflicht des Gerichts nach § 244 Abs. 2 StPO gebietet es, dass eher zuviel als zuwenig getan werden muss.<sup>16</sup> Das Gericht muss ohnehin seine Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens und sein Urteil in voller Kenntnis der Ergebnisse aller, auch erfolglos gebliebener Ermittlungen, treffen. Erfolglos gebliebene Ermittlungen können eine den Beschuldigten entlastende Wirkung haben. Die Verantwortung für die Aus- und Verwertung des dem Gericht nicht überlassenen Fallheft der Steuerfahndung wird der Verteidigung aufgebürdet, will man der Bußgeld- und Strafsachenstelle bzw. der Staatsanwaltschaft gestatten, das Fallheft der Steuerfahndung dem Gericht nicht vorzulegen.

Der Grundsatz der Aktenvollständigkeit als auch die Zuständigkeitsregelungen gebieten es, dass die Steuerfahndungsstelle der Bußgeld- und Strafsachenstelle das Fallheft der Steuerfahndung vorzulegen hat. Es reicht nicht aus, dass sich während der Prüfung ergebenden strafrechtlich relevanten Umstände und Informationen der Bußgeld- und Strafsachenstelle in geeigneter Form bekannt gegeben werden. Die Bußgeld- und Strafsachenstelle hat selbst das Fallheft der Steuerfahndung auszuwerten. Da die Steuerfahndungsstelle nicht befugt ist, über die Gewährung der Akteneinsicht zu entscheiden, kann es nicht der Steuerfahndungsstelle vorbehalten bleiben, welche Akten sie der Bußgeld- und Strafsachenstelle vorlegen will.

---

<sup>13</sup> Lüderssen in Löwe/Rosenberg, StPO, § 147 Rn. 28; BGH, Beschl. v. 10.10.1990 - StB 14/90 -, BGHSt. 37, 204, 205

<sup>14</sup> - 1 StR 48/81 -, BGHSt. 30, 131 ff.

<sup>15</sup> BGH, Beschl. v. 10.10.1990 - StB 14/90 -, BGHSt. 37, 204, 205

<sup>16</sup> **BGHSt. 23, 8, 12**; BGH, Urt. v. 21.11.1969 - 3 StR 249/68 -, BGHSt. 23, 176, 188

## **b) Fallheft entspricht nicht Handakte**

Soweit die Bußgeld- und Strafsachenstellen argumentieren, dass das Fallheft der Steuerfahndung der Handakte, wie sie ein Staatsanwalt üblicherweise führt, gleichzusetzen sei, kann dem nicht zugestimmt werden. Zu der Handakte der Staatsanwaltschaft zählen Berichte an vorgesetzte Stellen, Entwürfe der Staatsanwaltschaft oder Weisungen des Vorgesetzten, Schriftverkehr mit fremden Behörden, soweit er sich nicht unmittelbar auf den Gegenstand des Strafverfahrens, sondern nur auf formelle Aspekte (z.B. Sachstandsanfragen, Anforderungen von Akten) bezieht. Die Handakte der Staatsanwaltschaft enthält ausschließlich innerdienstliche Vorgänge. Das Fallheft der Steuerfahndung dokumentiert nach Bekunden der Finanzbehörden den Ablauf der Steuerfahndungsprüfung, enthält damit keine innerdienstliche Vorgänge. Der Lauf der Ermittlungen, wie er in dem Fallheft der Steuerfahndung festgehalten wird, ist der Handakte der Staatsanwaltschaft nicht zu entnehmen. Sinn und Zweck der Handakte der Staatsanwaltschaft und des Fallhefts der Steuerfahndung entsprechen sich nicht; beide Akten haben einen unterschiedlichen Inhalt und sind nicht miteinander vergleichbar. Da die Dokumentation der Steuerfahndungsprüfung keinen innerdienstlichen Vorgang darstellt, ist sie selbst nach der AStBV und nach der RiStBV nicht schützenswert, unabhängig davon, ob innerdienstliche Vorgänge überhaupt dem Verteidiger vorenthalten werden dürfen. Das Fallheft der Steuerfahndung kann daher auch nicht als Handakte der Staatsanwaltschaft qualifiziert werden.

## **III. Fazit**

Die Verweisung des OLG Frankfurt in der Entscheidung vom 10.06.2003 auf den Beschluss des BVerfG vom 12.01.1983 stellt keine ausreichende Begründung zur Verweigerung der Akteneinsicht in das Fallheft der Steuerfahndung dar. Einsichtige Gründe, die eine Akteneinsicht in das Fallheft der Steuerfahndung verwehren, sind nicht ersichtlich. Es kann nicht den Ermittlungsbehörden, erst Recht nicht der Steuerfahndungsstelle, vorbehalten bleiben, zu entscheiden, welche mit dem Verfahren zusammenhängende Akten sie vorlegen will. Das Recht auf Akteneinsicht umfasst entsprechend dem Grundsatz der Aktenvollständigkeit auch das Recht auf Einsicht in das Fallheft der Steuerfahndung. Das Fallheft der Steuerfahndung enthält keine innerdienstlichen Vorgänge, wie sie nach der AStBV und nach der RiStBV geschützt werden sollen. Der Anspruch auf lückenlose Information umfasst ohnehin auch die Kenntnis innerdienstlicher Vorgänge. Der Verteidiger sollte daher in jedem Fall auf vollständige Akteneinsicht drängen.